

## **Würdigung von Prof. Dr. Klaus Traube am 19. Mai 2011 in Berlin**

**Heinz-Volker Jäger, Vorstand Grüner Vulkan eG und Mitglied im Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V. Berlin würdigte im Rahmen der Mitgliederversammlung am 19. Mai 2011 in Berlin die engagierte Arbeit von Prof. Dr. Klaus Traube als Vizepräsident des Verbandes und engagierter Protagonist für die Energiewende.**

Wir tragen Verantwortung ganz besonders für eine zukunftsfähige Energieversorgung ohne radioaktive Belastung von Generationen!

Heinz-Volker Jäger sprach Herrn Prof. Dr. Klaus Traube seinen Respekt, Anerkennung seiner hohen Leistung und Dank für das hohe persönliche Engagement aus. Leider scheidet Prof. Dr. Klaus Traube nach einer stark emotionalen Veranstaltung als verdienstvoller Initiator aus.

Zum Hintergrund

Prof. Maslaton erhob massive Vorwürfe an die Adresse von Prof. Traube wegen "verspäteter Aktivitäten zu den notwendigen Forderungen an die Bundesregierung im Zuge der anstehenden Novellierung des KWKG und des EEG"

Prof. Traube gab klar zu verstehen, dass bereits Vorgespräche in den zuständigen Bundesministerien stattgefunden haben und im Gesetzgebungsverfahren jetzt die Forderungen eingebracht werden.

Heinz-Volker Jäger, Vorstand Grüner Vulkan forderte in der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes KWK am Freitag, 19. Mai 2011 eine Resolution der Mitglieder und damit eine gemeinsame Erklärung des Bundesverbandes gegenüber der Bundesregierung.

Prof. Maslaton kündigte an das Schreiben im neuen Vorstand neu zu formulieren.

Ein weiterer Antrag von Heinz-Volker Jäger brachte eine Empfehlung zum Ausdruck, eine Verbindung mit EUROSOLAR e.V. zur Unterstützung deren 10-Punkte-Programm herzustellen, um damit auch eine bessere politische Plattform für die Interessenvertretung einer effektiven Energiewende zu schaffen.

Seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 auf Betreiben der gemeinnützigen Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien und ihres Ehrenpräsidenten Dr. Hermann Scheer (1944-2010) hat die Energiewende Fahrt aufgenommen. Um sie nun zügig in vollen Gang zu versetzen, muss nur der gesetzliche Rahmen geändert und endlich widerspruchsfrei formuliert werden (siehe 10-Punkte-Sofortprogramm für die Energiewende).

### **Vorbild Deutschland**

Aufgrund der Fixierung einiger Politiker und Medien in der aktuellen Debatte um Off-Shore-Windparks in der Nordsee und den Bau großer Stromtrassen von Nord- nach Süddeutschland erinnert EUROSOLAR-Präsident Prof. Peter Droege daran, dass das "Vorbild Deutschland" mit der rasanten Steigerung des regenerativen Stromanteils von 4 % im Jahr 2000 auf 17 % im Jahr 2010 nicht auf zentralistischen Energiekonzepten in der Nordsee beruht, sondern auf einer Vielzahl dezentraler Energieprojekte in den Regionen mit dem Zugpferd der Windkraft in Nord- und Mitteldeutschland.

"Die dezentrale Energiewende ist gegenüber zentralistischen Konzepten das ökonomisch und sozial überlegene Konzept", erklärt EUROSOLAR-Vizepräsident Dr. Fabio Longo in deren aktueller Presseerklärung.

In ihrer Osterausgabe titelte nun auch die Wirtschafts- und Finanzzeitung Handelsblatt "Vorbild Deutschland" und verwies auf das EEG, das inzwischen von 75 Staaten kopiert worden sei und von Präsident Obama als "leuchtendes Vorbild" für Amerika bezeichnet werde.

Durch das EEG hat sich ein neuer Wirtschaftszweig mit über 350.000 Arbeitsplätzen entwickelt. Dadurch verfüge Deutschland über ausreichend Experten – Ingenieure, Techniker, Handwerker, Planer und Projektierer –, um die dezentrale Energiewende auf der Basis heimischer erneuerbarer Energien zu beschleunigen und zügig bis zum Jahr 2030 zu vollenden, so EUROSOLAR-Präsident Prof. Peter Droege. Zwischenziel von EUROSOLAR ist der endgültige Atomausstieg bis 2015.

### **EU-Richtlinie zu Erneuerbaren beibehalten**

Absolut kontraproduktiv wäre eine neue EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien, wie sie EU-Energiekommissar Oettinger plant. Heinz-Volker Jäger weist darauf hin, dass es die derzeitige Richtlinie den EU-Mitgliedstaaten ermögliche, alle erforderlichen Maßnahmen für die Energiewende einzuleiten. "Wir brauchen keine Gleichmacherei auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern einen europäischen Wettbewerb um die besten Konzepte zur Energiewende", so Heinz-Volker Jäger.

Für das "Vorbild Deutschland" – den Schrittmacher der europäischen Energiewende – legt EUROSOLAR daher nun ein 10-Punkte-Sofortprogramm vor.

Link: [http://www.eurosolar.de/de/images/stories/pdf/10\\_Punkte\\_Sofortprogramm\\_EUROSOLAR.pdf](http://www.eurosolar.de/de/images/stories/pdf/10_Punkte_Sofortprogramm_EUROSOLAR.pdf)

### **Was wird aus der Atomkraft?**

von Klaus Traube, 2000 Nuclear-Free Future Lifetime Achievement Preisträger. In einem Essay aus Natur+Kosmos, Ausgabe Mai 2005 schrieb Prof. Dr. Klaus Traube:

„Seit Jahren berichten die Medien periodisch über eine bevorstehende Renaissance der Atomenergie. Auftrieb bekamen solche Spekulationen letztes Jahr durch die finnische Entscheidung zum Bau eines neuen Kernkraftwerks und einen im letzten Juli veröffentlichten Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Darin verkündet diese Zentralinstanz der Atomgemeinde, im Zuge der Klimadebatte könne Atomenergie wieder Auftrieb bekommen. Bis 2030 könnte die weltweite Atomkapazität auf das 2,5fache wachsen, bis 2050 auf das Vierfache. Dementsprechend verkündete Gero von Randow in der *Zeit* eine "neue Strahlkraft" der Atomenergie. Und IAEA-Chef El Baradei verkündete jüngst, bis 2020 würden 127 Kernkraftmeiler mehr gebaut als bislang erwartet.

Doch wie steht es wirklich um sie? Der Blick auf die Atomstatistik lässt nichts erkennen, was für eine Renaissance spricht. Daran ändern auch je ein neues AKW in Finnland und möglicherweise in Frankreich nichts. Es mag zwar einzelne neue Projekte geben, insbesondere Ersatz für aus Altersgründen stillgelegte AKWs, aber nicht den Ausbau der Atomkraft, der einen ernsthaften Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte. Genauer betrachtet: Derzeit sind weltweit 439 Atomkraftwerke in Betrieb. Sie tragen 17 Prozent zur weltweiten Elektrizitätserzeugung bei. Der Anteil der Elektrizität am Energiebedarf der Endverbraucher beträgt 16 Prozent. Atomstrom deckt damit 2,7 Prozent des weltweiten Endenergiebedarfs. Allein die Wasserkraft erzeugt so viel Strom wie die Atomenergie. Und Biomasse trägt erheblich dazu bei, den globalen Wärmebedarf zu decken. Wie gering die Bedeutung der Atomenergie ist, zeigt auch ein Blick auf die Verteilung. Atomkraftwerke gibt es nur in 31 Staaten. Knapp zwei Drittel der AKW-Kapazität befinden sich in nur vier Ländern: in den USA, in Frankreich, Japan und Deutschland. In Entwicklungs- und Schwellenländern sind nur zehn Prozent der AKW-Kapazität installiert, davon über die Hälfte allein in Südkorea und Taiwan.

Mitte der 60er-Jahre begann die kommerzielle Nutzung. Da gab es tatsächlich einen Boom an Aufträgen zum Bau von Leichtwasserreaktoren. Die Erwartungen waren damals hoch. Die IAEA prognostizierte 1974, im Jahr 2000 würde weltweit eine AKW-Kapazität von 4500 Gigawatt installiert sein. Tatsächlich sind heute 365 Gigawatt am Netz – gerade mal ein Zwölftel. Denn Mitte der 70er-Jahre brach in den USA der Auftragsboom abrupt ab. Über die Hälfte der bestellten oder schon im Bau befindlichen AKWs wurde – teils unter großen Verlusten – aufgegeben. Primäre Ursache waren dramatische Kostensteigerungen. So musste RWE 1969 für Biblis A einen Festpreis von 750 Millionen Mark bezahlen. Das letzte in Deutschland errichtete AKW Neckar 2 kostete fünf Milliarden Mark. Nur in Frankreich wurde seit Mitte der 70er-Jahre die Atomkraft stark ausgebaut. Außerdem gab es in Japan, Südkorea und dem damaligen Ostblock Bestellungen für AKWs. Nach der Tschernobyl-Katastrophe 1986 wurden nur noch wenige Aufträge in einigen asiatischen Ländern erteilt.

Wie sieht nun die Zukunft aus? Laut IAEA-Statistik sind weltweit 26 AKWs im Bau. Doch zehn Projekte wurden schon vor 1986 begonnen und danach abgebrochen. Es gibt freilich Geraune, Präsident Bush wolle neue AKWs. Reagan wollte das auch – die Industrie nicht. Oder "auch Kanada baut aus" (*Die Zeit*). Tatsächlich wurde der letzte Auftrag 1978 erteilt, die letzte Inbetriebnahme erfolgte 1993. Seitdem wurden jedoch fünf große AKWs stillgelegt.

Die enorm gefährliche Atomenergie ist energiewirtschaftlich ein Flop – und wird es bleiben. Aber unterstellen wir einmal, es wäre möglich, die weltweite AKW-Kapazität tatsächlich erheblich auszubauen – die Uranreserven gingen bald zu Ende. Selbst beim jetzigen Verbrauch reichen sie nur bis zur Mitte des Jahrhunderts. Nehmen wir an, der Energiebedarf steigt, wie von der IAEA prognostiziert, bis 2030 um 60 Prozent und der Strombedarf um 100 Prozent. Nehmen wir weiterhin an, es wäre möglich, die Atomkapazität so weit auszubauen, dass Atomstrom dann 50 – statt derzeit 17 – Prozent zur gesamten Stromerzeugung beiträgt. Dennoch würde sich der Anteil des Atomstroms an der Deckung des Energiebedarfs lediglich von 2,7 auf zehn Prozent erhöhen. Damit würde Atomkraft nicht mehr einen marginalen, aber immer noch einen nur mäßigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wie sieht es dann aber mit den Reserven an Uran aus? 2002 bezifferte die IAEA den jährlichen Uranbedarf auf 65 000 Tonnen, die Summe der gesicherten und vermuteten Uranreserven auf 3,9 Millionen Tonnen. Wenn nun in unserem Szenario der Verbrauch ab dem Jahr 2010 linear ansteigt und bis 2030 das 5,9fache erreicht, dann würden bis 2030 etwa 4,8 Millionen Tonnen Uran benötigt – ein Viertel mehr, als es an "gesicherten und vermuteten" Reserven gibt. So geht es offenbar nicht. Doch der "Zeit"-Artikler weiß Rat. Auf einer IAEA-Tagung "galt die Wiederkehr des Schnellen Brütters als ausgemacht".

Das Konzept der Plutoniumwirtschaft, ein System von Brutreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen, war die Basis der Verheißung unerschöpflicher Atomenergie. Mit diesem System ließe sich aus dem Uran bis zu 60-mal mehr Energie gewinnen als in den heutigen Reaktoren. Deshalb begann die Entwicklung des Brütters parallel zur Entwicklung der heute existierenden AKW-Typen, die nur als Übergangslösung betrachtet wurden. Noch vor dem Bestellboom für Leichtwasserreaktoren in den 60er-Jahren arbeiteten in den USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion bereits kleinere Prototyp-Brüterkraftwerke. Bis Mitte der 70er-Jahre schien die kommerzielle Nutzung der Brüter erreichbar. Tatsächlich ist heute weltweit nur noch ein Brüterkraftwerk in Russland in Betrieb. Der 1972 in Kalkar begonnene deutsche Brüter wurde 1991 aufgegeben – nach 19 Baujahren und sieben Milliarden Mark Baukosten. Das analoge US-Projekt wurde nie ausgeführt. Demonstrationsbrüter mittlerer Leistung wurden zwar Mitte der 70er-Jahre in Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion in Betrieb genommen, aber im Verlauf der 90er-Jahre stillgelegt. Während der Inbetriebnahme des japanischen Parallelprojekts Monju kam es 1995 zu einem schweren Unfall. Es ist unklar, ob es noch ans Netz gehen wird. Das weltweit einzige Brütergroßkraftwerk, der 1200-Megawatt-Superphenix im Rhônetal in Frankreich, wurde 1997 stillgelegt. Es hatte in zehn Betriebsjahren lediglich eine siebenprozentige Ausnutzung seiner Kapazität erreicht. Übrig geblieben ist nur ein russisches 600 Megawatt-Brüterkraftwerk.

Dieses klägliche Ende des mit enormen Mitteln veranstalteten internationalen Brüterwettlaufs ist letztlich der technischen Komplexität und den sicherheitstechnischen Mängeln zuzuschreiben. Diese Eigenschaften führten einerseits zu enormen Kosten, andererseits zu katastrophalen Betriebsergebnissen infolge andauernder Pannen. Vier Jahrzehnte Entwicklung in allen großen Industrienationen haben das Brüterkonzept ad absurdum geführt. Doch die Atomgemeinde streut, "die Wiederkehr des Brütters" gelte als ausgemacht. Die Atomwirtschaft benötigt diese Botschaft, weil es ohne Brüter mangels Uran keine energiewirtschaftlich und klimapolitisch relevante Renaissance der Atomenergie geben kann. Ohne diese Vision aber wäre die Öffentlichkeit nicht wieder für den Bau von Atomkraftwerken zu gewinnen. Sollte die Atomenergie in Zukunft einen energie- und klimapolitisch nicht nur marginalen Beitrag leisten, so müssten bald weit über tausend neue Atomkraftwerke, auch in Entwicklungsländern, gebaut werden – sicherheitspolitisch ein Albtraum. Es gehört aber zum Repertoire der Atomgemeinde, das Sicherheitsrisiko herunterzuspielen. Das geschieht nicht zuletzt mit Hinweisen auf wundersame Eigenschaften zukünftiger Reaktoren – so verkündete Sprachrohr von

Bei jedem Reaktor, gleich welcher Bauart, sind aber Unfallverläufe möglich, bei denen in katastrophaler Weise Radioaktivität freigesetzt wird. Das bestreiten auch seriöse, sachkundige Atombefürworter nicht. Tschernobyl hat das Ausmaß der damit verbundenen Folgen vor Augen geführt. Noch in 1000 Kilometer Entfernung sterben Menschen an den Spätfolgen der freigesetzten Radioaktivität. Doch von Randow nennt – frei nach IAEA – 45 Todesopfer und zudem 2000 Fälle von Schilddrüsenkrebs, die durch Vergabe von Jodtabletten hätten vermieden werden können. Das ist ein zynisches Spiel damit, dass Krebs als Spätfolge im Einzelfall auch andere Ursachen haben kann. Es geht aber nicht nur um mögliche unbeabsichtigt eintretende Reaktorkatastrophen, es geht auch um die mögliche Zerstörung von AKWs durch terroristische Aktionen oder kriegerischen Beschuss. Es geht um die weltweit ungelöste und nicht wirklich mögliche sichere Lagerung des Atommülls. Es geht weiter darum, dass die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie stets eine für militärische Zwecke nutzbare Infrastruktur schafft. Diese Infrastruktur war die Basis für die Herstellung der Atomwaffen Indiens und Pakistans. Derzeit werden Nordkorea und der Iran verdächtigt, sich auf dieser Basis Atomwaffen zu beschaffen. Wegen all dieser enormen Risiken ist und bleibt die Nutzung der Atomenergie nicht zu verantworten.

## Zur Person

**Klaus Traube** (*Klaus Robert Traube*; \* 25. Februar 1928 in Hannover) ist ein ehemaliger Umweltforscher und Manager, der vom Befürworter zum Gegner der Atomenergienutzung wurde. Im Dritten Reich waren Klaus Traube und seine Familie antisemitischer Verfolgung ausgesetzt; sein Vater nahm sich 1936 das Leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte Traube in Braunschweig Maschinenbau. Er studierte zudem romanische Philologie. Er war wissenschaftlicher Assistent am Institut für Thermodynamik der Technischen Universität München, an der er auch promoviert wurde. Von 1959 bis 1976 arbeitete Traube in der deutschen und amerikanischen Atomindustrie: als Direktor des Fachgebiets Kernreaktoren der AEG, bei General Dynamics in San Diego und zuletzt als geschäftsführender Direktor der Kraftwerk-Union-Tochterfirma Interatom. Dort war er verantwortlich u. a. für Entwicklung und Bau des Brutreaktors in Kalkar.

1972 trat Klaus Traube in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ein.

In der "Lauschaffäre Traube" wurde Traube 1975/76 Opfer eines "Lauschangriffs" durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Grundlage war der Vorwurf, die Nähe zu den RAF-Terroristen gesucht zu haben; dieser Vorwurf erwies sich als völlig haltlos. Die am 26. Februar 1977 vom Magazin SPIEGEL aufgedeckte Affäre weitete sich zu einer Regierungskrise aus, in deren Folge der verantwortliche Innenminister Werner Maihofer zurücktrat.

Nach der Abhörraffäre wandelte sich Traube zu einem angesehenen Umweltforscher, der sich in Büchern und Artikeln für die Erschließung und Förderung alternativer Energiequellen stark machte und im Übrigen wissenschaftlich und gutachterlich im Bereich Umwelt und Energie tätig war. Von 1990 bis 1997 war Traube Direktor des Instituts für Kommunale Energiewirtschaft und Politik an der Universität Bremen, danach arbeitete er freiberuflich. Ehrenamtlich war Traube unter anderem als energiepolitischer Sprecher des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und Vizepräsident des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK) tätig.

Für die Generation jener Westdeutschen, die Mitte der 1970er Jahre den Kampf gegen die Kernkraftwerke aufnahmen, ist Klaus Traube eine Symbolfigur. Er wohnt heute in der Nähe von Frankfurt am Main.

1984 wurde Klaus Traube mit dem Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und im März 2009 mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet.

**Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung wählt neues Präsidium  
Berthold Müller-Urlaub ist neuer Präsident – auch drei neue Vizepräsidenten und neuer  
Vorstand gewählt**

**"Beschleunigter Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung könnte den Umbau des Energiesystems  
ideal flankieren"** ist die Kernaussage des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung.

**Berlin 20.5.2011** – Auf seiner gestrigen Mitgliederversammlung hat der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK) einen neuen Vorstand und ein neues Präsidium gewählt. Neuer Präsident ist Berthold Müller-Urlaub, der in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Energiegemeinschaft Halle/Saale e.V. angetreten war. Er ist außerdem Vorsitzender Geschäftsführer der EVH GmbH. In den neuen Vorstand waren der bisherige Präsident Dr. Dieter Attig und Vizepräsident Prof. Klaus Traube nicht mehr hineingewählt worden. Die bisherigen Vizepräsidenten Dr. Baer und Giesen hatten nicht mehr für den Vorstand kandidiert. Zu neuen Vizepräsidenten wählte der Vorstand Heinz Ullrich Brosziewski (beta GmbH, Hannover), Hagen Fuhl (Senertec GmbH, Schweinfurt) und Prof. Dr. Martin Maslaton (Rechtsanwaltskanzlei Maslaton, Leipzig).

*Der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V. (B.KWK) ist ein breites gesellschaftliches Bündnis von Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen zur Förderung des technischen Organisationsprinzips der Kraft-Wärme-Kopplung, unabhängig von der Art und der Größe der Anlagen, vom Einsatzbereich und vom verwendeten Energieträger. Der Verband wurde 2001 in Berlin gegründet und zählt mittlerweile mehr als 470 Mitglieder. Ziel ist dabei die Effizienzsteigerung bei der Energieumwandlung zur Schonung von Ressourcen und zur Reduktion umwelt- und klimaschädlicher Emissionen.*

Prof. Dr. Klaus Traube formulierte die Forderungen des Bundesverbandes als dessen amtierender Vizepräsident zu Beginn der Mitgliederversammlung des B.KWK in Berlin am 19. Mai 2011:

- Erhöhung der Zuschläge um 0,4 ct./kwh
- Entbürokratisierung der Nachweisführung für kleine KWK-Anlagen
- Aufhebung des Zeitbegrenzung für die Zuschläge

**"Die Signale der Bundesregierung sind dürrtig und nicht geeignet Investitionen zu fördern."**

Prof. Traube und Dr. Ing. Attig als Kopf und Gründer des B.KWK waren sichtlich getroffen von der Abwahl und damit Abstrafung, die offenbar in Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Geschäftsführers Golbach stehen.

Attig sagte: **"Der Verband wird zukünftig ein anderer sein"**

Traube abschließend:

**"Ich bedanke mich für die 17 Stimmen und kandidiere nicht mehr. Ich wurde abgestraft, dies muss ich hinnehmen. Ich werde dem Verband nicht mehr zur Verfügung stehen"**

## Grüner Vulkan eG

Die Aufgaben Grüner Vulkan eG fasst Heinz-Volker Jäger zusammen:

„Wir planen auf Grundlage öffentlicher Förderprogramme, ökonomisch und ökologisch ausgewogene sowie langfristig sichere Energieversorgungs-Systeme.“

„Der Klimaatlas von Le Monde diplomatique trägt in seinem ersten Teil die beunruhigenden Befunde zusammen: Er informiert über den Zustand der Böden, Wälder und Ozeane, erklärt den Einfluss des Klimawandels auf Monsunwinde und El Nino und ermisst den ökologischen Fußabdruck von arm und reich.“

Links:

[www.neue-energiekultur.de](http://www.neue-energiekultur.de) [www.gruener-Vulkan.de](http://www.gruener-Vulkan.de)  
<http://www.monde-diplomatique.de/pm/.atlas3>, [http://www.monde-diplomatique.de/pm/.popup\\_atlas2009](http://www.monde-diplomatique.de/pm/.popup_atlas2009)

Alsfeld, 21. Mai 2011

Heinz-Volker Jäger

Vorstand Grüner Vulkan und Unternehmensberater [www.ratingberatung-jaeger.de](http://www.ratingberatung-jaeger.de)